

Grundrisse einer sozialistischen Wirtschaftspolitik

THEMA

Grundrisse einer sozialistischen Wirtschaftspolitik

Martin Gorholt / Malte Ristau:

Zur wirtschaftspolitischen Debatte bei den Jusos

2

Peter von Oertzen:

Thesen zur Grundsatzprogrammdiskussion in der SPD

7

Patrik Baab:

Sozialdemokratie ohne Sozialismus — Kritik wirtschaftspolitischer Vorstellungen der SPD und Perspektiven einer Antikrisenstrategie

16

Martin Gorholt:

Sozialistische Wirtschaftspolitik und Außenwirtschaft — ein Problemaufriß

31

Ruth Winkler:

Sechs Thesen zur Frauenarbeit. Die Aufhebung der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung als Baustein eines Progressiven Reformismus

44

Edgar Einemann / Horst Wegener / Martin Gorholt:

Sozialistische Wirtschaftspolitik. Für eine humane Zukunft der Gesellschaft

57

Impressum

LINKE JUSO-POSITIONEN — Grundrisse einer sozialistischen Wirtschaftspolitik — erscheint im Rahmen der Reihe SOZIALISTISCHE PRAXIS „extra“ im SP-VERLAG Norbert Schüren, Deutschhausstraße 31, 3550 Marburg.

Satz und Druck: NPP, Neustadt

Preis: DM 2,50

Marburg, Mai 1985

LINKE JUSO-POSITIONEN

Sozialistische Wirtschaftspolitik

Für eine humane Zukunft der Gesellschaft

von Edgar Einemann, Horst Wegner, Martin Gorholt

A. Die gegenwärtige Krise

1.

Seit über 10 Jahren ist die gesamtwirtschaftliche Situation der Bundesrepublik Deutschland durch anhaltende Massenarbeitslosigkeit gekennzeichnet.

Die Unterbeschäftigung hat gegenwärtig — registrierte Arbeitslose und stille Reserve zusammengenommen — den Stand von etwa 3,5 Millionen erreicht. Das prognostizierte geringe Wirtschaftswachstum, die steigende Arbeitsproduktivität aufgrund anhaltender Rationalisierungen und die wachsende Erwerbsbevölkerung lassen Arbeitslosenzahlen von vier bis sechs Millionen erwarten.

Die Massenarbeitslosigkeit verändert über die Entwicklung der Verhältnisse von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt das Kräfteverhältnis zwischen Kapital und Arbeit nachhaltig zu Lasten der abhängig Beschäftigten. Die Angst um den Verlust des Arbeitsplatzes führt innerbetrieblich zu einer spürbaren Schwächung der Position der Belegschaften und ihrer Interessenvertretung. Die Arbeitslosigkeit hat die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten verschlechtert und zu einer Intensivierung der Arbeit und einem Ansteigen der gesundheitlichen Belastungen durch den Arbeitsprozess geführt, für mehr als die Hälfte der Beschäftigten endet der Arbeitsprozeß vor Erreichen der normalen Altersgrenze.

Die Veränderung der sozialen Arbeitsbedingungen findet ihren Niederschlag in dem Versuch der Blockade tarifpolitischer Verhandlungswege durch die Kapitalseite, dem Abbau betrieblicher Sozialleistungen und Errungenschaften und in der Rücknahme staatlicher Sozialleistungen. Der gewerkschaftliche und gesetzliche Schutz der Arbeitnehmerschaft, ihrer Familien, der Kinder und der Alten wird zunehmend brüchiger. Immer mehr Arbeitslose werden aus dem Kreis der Anspruchsberechtigten hinausgedrängt. Die Folge ist die psychische und materielle Verarmung der Betroffenen. Als Folge von Wirtschaftskrise und staatlichem Sozialabbau ist Armut wieder zum Massenphänomen in der Bundesrepublik geworden. Was in den USA mit 35 Millionen offiziell registrierten Armen und in Großbritannien, wo jeder achte Einwohner Sozialhilfeempfänger ist, schon konservative Politikrealität ist, zeichnet sich auch für die Bundesrepublik ab: eine „2/3-Gesellschaft“ der Konservativen, die bewußt breite Schichten aus der Gesellschaft und einem menschenwürdigen Leben ausgrenzt.

Rund 1,6 Millionen Arbeitslose erhalten weder Arbeitslosengeld noch Arbeitslosenhilfe. Inzwischen gibt es 2,5 Millionen registrierte Sozialhilfeempfänger. Ein wachsender Teil der Rentner ist von Armut betroffen. Dabei ist insgesamt eine Feminisierung der Armut festzustellen: die durchschnittliche Rente einer Arbeiterin beträgt 411,— DM, 80 % der über 60jährigen Sozialhilfeempfänger sind Frauen. Mit der sich verschärfenden Jugendarbeitslosigkeit wird das Armutspotential der Zukunft geschaffen. Die wachsende Zahl jugendlicher Arbeitsloser zeigt, daß unsere Gesellschaft im-

mer weniger in der Lage ist, jungen Menschen eine zuverlässige Lebensperspektive zu bieten. Ältere Arbeitnehmer werden unter wachsendem Druck aus dem Arbeitsleben aussortiert.

Die Krise verstärkt die patriarchalischen Strukturen in unserer Gesellschaft: die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung, die unterschiedlichen, hierarchisch geordneten Rollen von Männern und Frauen, das patriarchalische Werte- und Normensystem. Frauen sollen ihre Erwerbstätigkeit zugunsten von Hausarbeit und Familie aufgeben, wodurch Bemühungen um Gleichberechtigung nachhaltig untergraben werden. Unter der Devise „neue Mütterlichkeit“ und „Stärkung der Eigenverantwortung der Familie“ suchen Patriarchat und Kapital die Beschäftigungskrise auf Kosten der Frauen zu bewältigen.

Schließlich hat die Arbeitslosigkeit zu einer wachsenden Ausländerfeindlichkeit geführt.

2.

In der Stagnation der ehemals blühenden Wirtschaft drücken sich die Schranken der kapitalistisch organisierten Produktion aus. Die Marktwirtschaft funktioniert nicht mehr.

Die Konjunktorentwicklung der letzten Jahre zeigt deutlich, daß die gewohnten „Ebbe- und Flutperioden des industriellen Zyklus“ (Marx) offensichtlich von einer andauernden Strukturkrise abgelöst worden sind. Die vorhandene Investitionsschwäche des Kapitals ist Ausdruck einer tiefgreifenden Veränderung der kapitalistischen Wachstumsbewegung, die zunehmend auf die vom Kapitalismus selbst produzierten Schranken stößt. Der Umschlag im Akkumulationstyp begründet sich in der Unfähigkeit des Kapitals, die ständige Steigerung der Produktivkräfteentwicklung (Rationalisierung) und die damit verbundene Zurückdrängung lebendiger Arbeit ausgleichen zu können.

Die zurückgehende Investitionsquote des BRD-Kapitals ist Ausdruck der — nach den kapitalistischen Kriterien — unzureichenden Profitabilität neuer Investitionen. Die Überakkumulation von Kapital kennzeichnet einen Zustand, in dem die Reinvestition von Profit, die Neuanlage von Kapital, offensichtlich nur unter der Voraussetzung möglich ist, daß bereits vorhandene Kapitale (Produkte, Industriebranchen) verdrängt werden, d.h. Kapitalentwertung stattfindet. Dies zeigt sich auch in der Existenz gigantischer Überkapazitäten (z.B. Energie-, Stahlbereich), wobei der Zusammenbruch ganzer Industriestrukturen als „kapitalistische“ Lösungsmöglichkeit nicht ausgeschlossen ist. Gleichzeitig erscheinen sinnvolle Alternativen nicht mehr „finanzierbar“.

Zurückgehende Beschäftigung und der Druck auf die Reallöhne führen zu einer Schwächung der Massenkaufkraft in den kapitalistischen Zentren selbst. Die durch die Krise bewirkten Einnahmeausfälle bei Staat und sozialen Sicherungssystemen bei gleichzeitig steigenden Ausgaben (Arbeitslosengeld, Sozialhilfe) haben eine zunehmende Einengung der Finanzspielräume der öffentlichen Haushalte zur Folge.

Die Einsparung bei den Personalausgaben verschärfen die Arbeitslosigkeit und die Nachfrageschwäche. Die Krise erhält von dieser Seite einen zusätzlichen Anstoß (beschränkte Absatzmärkte). Die öffentlichen Finanzprobleme verstärken die Tendenzen zu Aufgabenkritik und Verringerung des staatlichen Dienstleistungsangebotes (Privatisierung). Die kommunalen Handlungsmöglichkeiten werden mehr und mehr beschränkt.

3.

Die gesunkene Investitionsquote ist auch Ausdruck der Tatsache, daß der Zinssatz und die auf Wertpapiere erzielbaren Rendite beständig über dem industriellen Profit liegen. Die Anlage im Geldsektor ist verlockender als produktive Kapitalverwendung. Der Bereich der Geldvermögensanlage dehnt sich überproportional aus, er wird zum konkurrierenden Kapitalanlagesektor, die dort sich sammelnden Zinsansprüche stellen eine wachsende Belastung des produktiven Bereichs dar.

Ein immer größerer Teil der Vermögens- und Unternehmergewinne wandert auf die internationalen Geld- und Finanzmärkte. Das dort herrschende hartnäckig hohe Zinsniveau hat seine Ursache in einer weltweiten Überakkumulationskrise aller kapitalistischen Zentren:

- Als Folge der Krise steigt der Finanzbedarf des Kapitals, um Liquiditätsschwierigkeiten zu überwinden, um Überkapazitäten für „bessere Zeiten“ aufrechtzuerhalten.
- Durch die Wirtschaftskrise steigt zwangsläufig die Kreditnachfrage des Staates. International spielt vor allem das auf die Hochrüstungspolitik zurückgehende gigantische Haushaltsdefizit der USA eine herausragende Rolle.
- Durch die Krise der kapitalistischen Zentren ist die Dritte Welt in eine dramatische Verschuldungsproblematik getrieben worden. Die Auslandsschulden der früher als „kreditwürdig“ erachteten Länder der Dritten Welt mit Schwerpunkt Lateinamerika, einiger RGW-Länder wie Polen, Rumänien sowie das notorisch überschuldete Jugoslawien betragen insgesamt mehr als eine Billion US-Dollar. Dies bedeutet jährliche Zins- und Tilgungsleistungen von 300 bis 400 Milliarden Dollar.

Die Verschuldensproblematik, die Verselbständigung der Geldkapitalakkumulation auf den internationalen Finanzmärkten ist ein Sympton dafür, daß der Weltmarkt zunehmend instabil geworden ist. Die kapitalistischen Zentren (EG, USA, Japan) — untereinander in einem harten Konkurrenzkampf um Weltmarktanteile verstrickt und in gleichem Maße von der Überakkumulation betroffen — betreiben gegenüber den Entwicklungsländern eine imperialistische Politik, die die unterentwickelte Stellung der Dritten Welt bis ins nächste Jahrtausend zementieren soll.

Nicht nur im ökonomischen Bereich, sondern auch im Hinblick auf die politische Souveränität werden die Entwicklungsländer zunehmend den Herrschafts- und Interessensgebieten des „Freien Westens“ untergeordnet. Dabei ist die augenblickliche Situation der Entwicklungsländer schon jetzt gekennzeichnet durch folgende Tatbestände:

- Rund ein Drittel der 2,3 Milliarden Menschen in den Entwicklungsländern hungert oder leidet an Unterernährung.
- 800 Millionen Menschen sind Analphabeten.
- Die durchschnittliche Lebenserwartung beträgt 20 Jahre weniger als in den wohlhabenden Ländern.
- Trotz wirtschaftlichen Wachstums nehmen die Einkommensunterschiede zwischen den Industrieländern und den ärmeren Entwicklungsländern weiter zu.

4.

In den 80er Jahren werden die vielfältigen „neuen Technologien“ die Arbeits- und Lebensbereiche der Lohnabhängigen tiefgreifend verändern. Die Schlüsseltechnologie Mikroelektronik wird hauptsächlich durch Datenverarbeitung, Telekommunika-

tion und die neuere Steuerungstechnologie angewendet werden.

Obwohl nur Begleiterscheinungen, werden Bildschirmtext und Kabelfernsehen die Beziehungen der Menschen tiefgreifend verändern. Durch die Ermöglichung der Automatisierung, Standardisierung, Formalisierung fast aller Produktions- und Dienstleistungsarbeiten werden die „neuen Technologien“ sich entscheidend auf den Arbeitsprozeß auswirken. Dies wird bewirken, daß

- zum einen die Arbeitsproduktivität in noch nie erlebtem Ausmaß ansteigen wird und somit Millionen von Arbeitsplätzen vernichtet werden sowohl im Produktionsbereich selbst als auch im Bereich der Arbeitsorganisation. Verschiedene Untersuchungen kommen zu dem Ergebnis, daß heute erst 5 Prozent der möglichen Kapazitäten der Mikroelektronik in der BRD genutzt werden und bis 1990 allein im Bürobereich etwa 40 Prozent des Arbeitsaufwandes eingespart werden können. Die Zahl der durch die „neuen Technologien“ neu geschaffenen Arbeitsplätze wird dabei wesentlich geringer ausfallen als diejenigen, die vernichtet werden.
- die Einführung der „neuen Technologien“ andererseits den Arbeitsprozeß und damit auch die Qualifikationsanforderungen in widersprüchlicher Art und Weise tiefgreifend verändern wird: Körperliche Arbeiten werden zugunsten „geistiger“ Qualifikationen immer weiter abfallen, zwischen Mensch und Produkt wird immer mehr die Maschine treten.

Ebenso wie die Entwicklung des Arbeitsprozesses und der Qualifikationsanforderungen unterliegt auch die Forschung und Entwicklung der Technologien im Kapitalismus dem Profitmotiv. Technik soll betriebswirtschaftliche Kosten verringern und ignoriert in der Regel ökologische Schädigungen und die gesellschaftlichen wie individuellen Folgen inhumaner Arbeit.

Somit verhärten sich nicht nur die ökonomischen und sozialen Probleme drastisch, sondern auch die ökologischen bleiben ungelöst bzw. spitzen sich weiter zu: nach wie vor wird kapitalistische Akkumulation auf Kosten des Naturhaushaltes und zu Lasten der Ökologie durchgesetzt.

„Saurer Regen“, Gewässersterben, Abfallbelastungen, Chemieverseuchung kombiniert mit Überschüssen und Überkapazitäten im Energiesektor kennzeichnen die verantwortungslose Verschwendung und Zerstörung der Ressourcen durch die kapitalistische Industrieproduktion.

B. Für ein sozialistisches Projekt des „Dritten Weges“

Eine realistische Einschätzung der Krise erfordert das klare Aussprechen der auf unsere Gesellschaft zukommenden ökonomischen, sozialen, ökologischen, politischen und außenpolitischen Gefahren. Sozialisten müssen der Krisendynamik eine entscheidende Alternative entgegensetzen.

Es kommt darauf an, auf die Krise nicht in Einzelpunkten defensiv zu reagieren, sondern sie offensiv zu überwinden. Es ist notwendig, unterschiedliche Forderungen und Interessen zu bündeln und für eine gemeinsame politische Stoßrichtung zusammenzufassen. Arbeiterbewegung, Frauen-, Friedens-, Dritte Welt- und Ökologiebewegung können so eine vielfältige Bewegung gegen den Konservatismus und Kapitalismus werden.

Um die mit der kapitalistischen Krise einhergehenden Probleme und Ursachen zu beseitigen, bedarf es einer sozialen, humanen und ökologischen Antikrisenpolitik, die zu einer alternativen Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik führt: eine neue ökonomi-

sche Logik, die nicht am Profit- und Ausbeutungsprinzip orientiert ist, sondern die Bedürfnisse von Arbeitnehmern und Verbrauchern in einem demokratischen, sozial- und umweltverträglichen Prozeß artikuliert, sowie bereits vor und während der Produktion berücksichtigt.

Aktuelle Aufgabe sozialistischer Politik ist es, durch ein „Sofortprogramm gegen die Krise“ den konservativen Einfluß zurückzudrängen und die Spaltung der Gesellschaft („2/3-Gesellschaft“) zu verhindern. Es gilt, den Boden, die notwendigen sozialen Bedingungen und das bewußtseinsmäßige und politische Klima für gesellschaftsverändernde Reformen zu erhalten. Notwendig ist ein soziales Projekt des Dritten Weges, das an das Konzept der „Wirtschaftsdemokratie“ anknüpfen kann und sich sowohl vom „Godesberger Weg“ als auch vom Weg des „realen Sozialismus“ abhebt.

Der Godesberger Weg beschränkte sich auf die Verwaltung eines wohlfahrtstaatlich gestalteten Kapitalismus, dessen Grundlagen nicht mehr in Frage gestellt wurden. Die Krise entzog der zeitweise durchaus erfolgreichen Politik seit Mitte der 70er Jahre die materielle Grundlage, die Entwicklung und Artikulation neuer Bedürfnisse und Werte stellte ihre Legitimation in Frage.

Auch der „reale Sozialismus“ ist als zweiter Weg der Arbeiterbewegung an seine Grenzen gelangt. Das bürokratische, nach den Prinzipien des demokratischen Zentralismus funktionierende System, in dem wesentliche demokratische Grundrechte aufgehoben sind, erweist sich als untauglich, gesellschaftlichen Fortschritt in einem demokratischen Prozeß zu organisieren. Wachsende Umweltzerstörung, Versorgungskrisen und politische Repressionsmaßnahmen zeigen das Scheitern dieses Modells auf, das in keiner Weise als Vorbild einer sozialistischen Umgestaltung dienen kann. Demokratischer Sozialismus hat qualitativ andere Strukturmerkmale als die bestehenden Gesellschaften; er ist gekennzeichnet durch:

- Durchbrechung der durch die sozialen Verhältnisse der Produktion gesetzten Ungleichheit, wirksame Eingriffe in die Gesetze der Produktion, die Errichtung einer anderen Form der materiellen Reichtumsproduktion (neue ökonomische Logik);
- ein neues Entwicklungsmodell (selektives Wachstum), in dem die Reproduktionsbedingungen der inneren und äußeren Natur erstes Kriterium sind und nicht die Profitabilität des Kapitals und das Wachstum des Sozialproduktes;
- Neubestimmung des Verhältnisses von Arbeit und arbeitsfreier Zeit, Veränderung von Qualität und sozialem Wert der Arbeit, Wiederaneignung der Arbeit als Quelle sozialer Selbstverwirklichung.
- die Akzeptanz eines selbstbestimmten feministischen Weges, der sich nicht im Kampf um berufliche, rechtliche etc. Gleichberechtigung und gegen Sexismus erschöpft, sondern Abbau der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung, der (psychischen) Geschlechtsrollendifferenzierung, Veränderung des Normen- und Wertesystems umfaßt;
- die untrennbare Verbindung von Demokratie und Sozialismus im Sinne Rosa Luxemburgs: „Eine Gesellschaft, in der die große arbeitende Masse aufhört, eine regierte Masse zu sein, vielmehr das ganze politische Leben selbst lebt und in bewußter freier Selbstbestimmung lenkt.“

Ein solch qualitativer Bruch mit dem Kapitalismus kann nicht auf rein parlamentarischem Wege erfolgen, sondern muß durch Selbstorganisation und aktive Beteiligung der Bevölkerung alle gesellschaftlichen Bereiche umfassen. Dies bedeutet gerade für die SPD einen radikalen Bruch mit der bisherigen Form der Politik.

Auf keinen Fall dürfen wir es zulassen, daß unsere emanzipatorischen Vorstellungen von Sozialismus reduziert werden auf die bloße Logik von Verstaatlichung und Planung von oben. Unser Emanzipationskonzept darf die Formen des Alltags und die Formen der Machtausübung nicht unverändert lassen.

Daher betonen wir die Verbindung von repräsentativer Demokratie und Basisdemokratie am Arbeitsplatz und in der Gesellschaft (Räte, Selbstverwaltung). Daher betonen wir die zentrale Rolle der Gewerkschaften, die große Bedeutung der neuen sozialen Bewegungen, die viele sozialistische Elemente wiederbeleben.

Sozialistische Umgestaltung beinhaltet Lernprozesse im Rahmen sozialer Auseinandersetzungen, politischer Diskussionen und Aktionen, in denen sich die Bewegung ständig weiterentwickelt.

C. Sofortprogramm gegen die Krise

1. Arbeitszeitverkürzung

Zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit und der fortschreitenden Spaltung der Gesellschaft, zur Humanisierung der Arbeit und zur Durchsetzung einer gleichberechtigten Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau ist eine drastische Verkürzung vor allem der wöchentlichen Arbeitszeit auf tariflichem und gesetzlichem Wege unverzichtbar. Auch wenn die abgelaufenen Tarifrunden die 40- bzw. 38,5-Std.-Woche auf Jahre festgeschrieben haben, wäre angesichts des raschen technologischen Wandels eher der 6-Std.-Arbeitstag und die 30-Std.-Woche zu fordern als die 35-Std.-Woche. Wichtig ist allerdings, daß mit Arbeitszeitverkürzungen (mit Überstundenbegrenzungen, Lohnausgleich und kontrollierten Leistungsbegrenzungen) auch dezentrale Angebote der betriebsbezogenen oder kommunalen Kultur- und Weiterbildung einhergehen und z.B. Stadtteilwerkstätten zur aktiven Freizeitbetätigung zur Verfügung gestellt werden.

2. Mindesteinkommen

Die zunehmende „neue Armut“ insbesondere bei Sozialhilfeempfängern und Kleinstrentnern kann nicht hingenommen werden und erfordert die gesellschaftliche Garantie eines Mindestsatzes an Unterstützung in Höhe von DM 1.000,— pro Monat, den die Rente, Sozialhilfe und Arbeitslosenunterstützung nicht unterschreiten dürfen. Auch für Beschäftigte müssen Mindesteinkommen definiert werden.

3. Beschäftigungsprogramme

Zur Befriedigung des vorhandenen großen sozialen und ökologischen Bedarfs ist ein mit 250 Milliarden DM ausgestattetes und auf 5 Jahre angelegtes öffentliches Beschäftigungsprogramm aufzulegen. Damit besteht auch die Chance der regionalen und sektoralen Strukturpolitik:

Von der Arbeitslosigkeit besonders betroffene Regionen können bevorzugt behandelt und die Umstrukturierung der Produktion besonders gefördert werden. Aktivitäten für eine alternative Kommunal- bzw. Regionalpolitik könnten sich mit Belegschaftsinitiativen für eine alternative Produktion oder mit Belegschaftskooperativen verbinden und so zur konkreten Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen beitragen. Maßnahmen zur Energieeinsparung, Wohnungssanierung, Umweltverbesserung und zum Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs müßten im Mittelpunkt solcher Investitionsprogramme stehen.

In den Beschäftigungsprogrammen müssen Schwerpunktprogramme zur Jugendar-

beitslosigkeit und Frauenförderungsprogramme enthalten sein.

Kernpunkt eines Programms gegen die Jugendarbeitslosigkeit ist eine zwingende Verpflichtung zur Ausbildung bei Großbetrieben mit Regelungen über die Zahl der Auszubildenden und die Mindestqualität der Ausbildung. Für eine Übergangsphase sind Abgaben entsprechend der betrieblichen Wertschöpfung zur Finanzierung außerbetrieblicher Ausbildungseinrichtungen und -maßnahmen durchzusetzen.

Vor allem für die Frauen ist die berufliche Bildung quantitativ und qualitativ zu erweitern, d.h. sowohl Mädchen qualifizierte Erstausbildung als auch Frauen nach Unterbrechungen qualifizierte Umschulungs- und Fortbildungsmaßnahmen zu ermöglichen.

Frauenförderungsprogramme müssen umgesetzt werden, d.h. gezielte Aktivitäten im öffentlichen Dienst und der privaten Wirtschaft eröffnen Frauen bei Einstellung, Beschäftigung, Aufstieg und Wiedereingliederung mehr Chancen. Es geht hierbei sowohl um die Erhöhung des Frauenanteils in den jeweiligen Betrieben als auch um die Verbesserung in der beruflichen Hierarchie und die Erweiterung des beruflichen Spektrums.

Mehr Frauen in die Berufe heißt auch, klare gesetzliche Vorschriften und Quotierung (= Richtgröße zur Erhöhung des Frauenanteils) an öffentlichen und öffentlich-subsidierten Arbeitsplätzen festzuschreiben. Eine Beauftragte für Gleichstellung bei Personal- oder Betriebsräten könnte diese Gleichstellungspläne überwachen. Eine Voraussetzung zur Öffnung sog. frauen-unspezifischer Berufe ist die Überarbeitung der z.T. noch aus dem „Dritten Reich“ stammenden arbeitsrechtlichen Bestimmungen.

Auch das Konzept eines „Zweiten Arbeitsmarktes“, der als zeitlich befristeter Ersatzarbeitsmarkt, als sozialpolitische Maßnahme für die Betroffenen und nicht als Lösung der Arbeitslosigkeit konzipiert ist, sollte Anwendung finden.

4. Humanisierung der Arbeitswelt

Wesentliche Maßnahmen zur Humanisierung der Arbeitswelt sind:

Festschreibung von Mindestnormen bei den Arbeitsbedingungen, die alternative Gestaltung von Technologie und Arbeitsorganisation, die Ausstattung von Vertrauensleuten für Arbeitssicherheit mit dem Recht auf Arbeitsunterbrechungen und von Arbeitnehmern mit einem Arbeitsweigerungsrecht bei der Arbeit mit ungeprüften Schadstoffen. Einsatz von Technologie-Vertrauensleuten und die Verankerung von Veto-Rechten der Betriebsräte bei der Einfuhr neuer Systeme.

5. Ökologische Produktion

Wichtige Schritte für eine stärkere Berücksichtigung ökologischer Gesichtspunkte bei der Produktion sind u.a. das Verbot bzw. die Veränderung vorhandener (z.B. krebs-erregender) Produkte und Produktionen, die Umweltsanierung durch Heranziehen der Schadensverursacher sowie ein von der Industrie finanzierter Fond, die schrittweise Überprüfung aller verwendeten chemischen Substanzen und von Schadstoffkombinationen sowie die Zulassung neuer Substanzen erst nach gründlichen staatlichen Überprüfungen, der Ausstieg aus der Kernenergie, eine Vielzahl von Maßnahmen zum Schutz des Bodens, des Waldes, der Luft sowie der Gewässer und des Grundwassers, eine Verringerung der entstehenden Abfälle sowie deren weitestgehende Aufarbeitung zur erneuten Nutzung und die Verringerung der Lärmbelastigung.

6. Rüstungskonversion

Mit einer wirksamen Politik der Abrüstung, die auch einseitig in Angriff genommen

werden muß, und einem Einfrieren bzw. schrittweisen Verringern des Rüstungsetats stellt sich für die in der Rüstungsproduktion Beschäftigten die Frage nach der Umstellung der Produktion auf die Herstellung sozial nützlicher Güter.

Die vorhandenen Belegschaftsinitiativen müssen unterstützt und öffentliche Gelder für eine Umstellung der Produktion zur Verfügung gestellt werden. Von der technologischen Seite her ist es in den Rüstungskonzernen kein Problem, zur Verbesserung der menschlichen Lebensbedingungen auch in den nicht entwickelten Ländern beizutragen anstatt die Zerstörungsmaschinerie zu perfektionieren. Darüber hinaus ist als erster Schritt eine qualitative „Umrüstung“ der Bundeswehr auf rein defensive Möglichkeiten und eine strukturelle „Nichtangriffsfähigkeit“ hin vorzunehmen.

7. Umverteilung der Einkommen und Vermögen

Zur Finanzierung der vorgeschlagenen Maßnahmen muß auf die Profite der Unternehmen sowie die Einkommen und Vermögen der Reichen zurückgegriffen werden, anstatt diese Gruppen durch die Erhöhung der Staatsschulden und steuerlichen Privilegien noch reicher zu machen. Wichtige Maßnahmen wären die Erhöhung des Spitzensteuersatzes, die Einführung einer Quellensteuer auf Kapitalerträge, die Festlegung eines monatlichen Höchsteinkommens von z.B. DM 10.000, die Erhebung einer Bodenwertzuwachssteuer, die Abschaffung der Abschreibungsmöglichkeiten und der Steuervergünstigung für hohe Einkommen sowie das Eintreiben von Steuerrückständen mit Zinsen und die Bekämpfung der Steuerhinterziehung.

Auf der Ausgabenseite könnten z.B. durch die Streichung des Kindergeldes etwa für monatliche Einkommen von über DM 5.000,— Mittel zugunsten der wirklich Betroffenen frei werden. Darüber hinaus werden durch die Umlenkung von Milliardenbeträgen aus dem Rüstungsetat, dem Atomprogramm und der Arbeitslosenunterstützung erhebliche Möglichkeiten zur Ausweitung von Beschäftigung und Bedarfsbefriedigung eröffnet.

Eine solche Politik ist durch Kapitalverkehrskontrollen außenwirtschaftlich abzusichern.

8. Kontrolle des Kreditsektors

Notwendig ist eine verstärkte öffentliche Kontrolle des Kreditsektors und eine Umlenkung der Geldströme in den produktiven Sektor. Maßnahmen hierzu bilden die Abschöpfung nicht investierter Gewinne, eine verstärkte Besteuerung der Zins- und Spekulationseinkommen und das Drücken des Zinssatzes durch eine andere Notenbankpolitik. Eine wirksame Kontrolle der Geldströme erfordert entsprechende Mitbestimmung und mittelfristig die gesellschaftliche Kontrolle des Bankensektors.

9. Mehr Mit- und Selbstbestimmung, mehr Demokratie

Die Demokratisierung aller Lebensbereiche, der Abbau von Herrschaft, Bürokratie und Bevormundung ist auf allen gesellschaftlichen Ebenen voranzutreiben. Strukturen der direkten Demokratie und der Selbstbestimmung sowie Rätestrukturen sind soweit wie möglich auszubauen, auch eine Dezentralisierung der Produktion und die Bildung von selbstbestimmten Kooperationen ist zu fördern. Die Mitbestimmung der Beschäftigten ist auf allen Ebenen, d.h. am Arbeitsplatz, in Betrieben und Konzernen, Aufsichtsräten und Vorständen sowie in den Branchen, den Regionen und der Gesamtwirtschaft auszubauen.

Erste Schritte sind: volle paritätische Mitbestimmung auf Unternehmensebene, drittelparitätische Wirtschafts- und Sozialräte zur Erarbeitung von Rahmenplänen, Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes in Richtung auf eine wirksame Arbeiter-

kontrolle über technische Planung, Betriebsorganisation und Arbeitsbedingungen.

10. Für eine neue entwicklungspolitische Zusammenarbeit

Sofortiges Schuldenmoratorium für die Entwicklungsländer und schrittweiser Erlaß eines Teils der Schulden durch einen Entschuldungspakt zwischen Gläubigerbanken, Zentralbanken, Entwicklungsländern und Industrieländern, verbunden mit einer Erhöhung der öffentlichen Entwicklungshilfe auf ein Prozent des BSP, die sich an den Grundbedürfnissen der Menschen orientiert.

D. Für eine neue ökonomische Logik

I. Eckpunkte einer alternativen Wirtschaftsentwicklung

1. An den Arbeits- und Lebensverhältnissen der Menschen orientieren

Ziel einer alternativen Wirtschafts- und Sozialpolitik ist die dauerhafte Beseitigung existenzbedrohender gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und ökologischer Krisen. Da alle diese Krisenformen wesentlich mit kapitalistischen Verwertungsprozessen verknüpft sind, ist die Voraussetzung für eine alternative Wirtschafts- und Gesellschaftsentwicklung der Bruch mit der Kapitallogik.

Dies bedeutet die Abwendung von der Orientierung an einem abstrakten „Markt“, dessen Gesetze „hinter dem Rücken“ der Produzenten und Konsumenten sich vollziehen, und die Hinwendung zur bewußten Gestaltung und Planung gesellschaftlichen Bedarfs der großen Mehrheit der Bevölkerung.

Produzenten und Konsumenten sind erst dann wirklich in der Lage, gesellschaftlichen Reichtum gemäß ihren Bedürfnissen zu produzieren, wenn sich die Produktionsziele nach sozialen, humanen und ökologischen Kriterien ausrichten und nicht nach denen von Kapitalvermehrung und Profitmaximierung. Dies bedeutet eine „neue ökonomische Logik und Wertrechnung“:

Nicht die betriebswirtschaftliche Kostenminimierung und „Konkurrenzfähigkeit“ ist maßgebend, sondern der gesamtwirtschaftliche Gesellschafts-, Arbeits- und Ressourcenaufwand soll optimal geregelt werden. Inbegriffen ist dabei die Schaffung und Sicherung humaner Arbeits- und Lebensbedingungen, eine abgestimmte Entwicklung von Produktion und Konsum, die Demokratisierung und Selbstbestimmung in allen wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und staatlichen Bereichen und eine Neufassung der außenwirtschaftlichen Beziehungen.

Wenn auch eine solche der kapitalistischen Profitlogik völlig entgegengesetzte Produktionsweise erst auf der Grundlage der Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien, einer gesamtwirtschaftlichen Rahmenplanung und einer umfassenden Demokratisierung durchsetzt werden kann, so kommt doch alles darauf an, bereits bei der aktuellen Umsetzung wirtschaftspolitischer Alternativen wesentliche Strukturelemente der angestrebten ökonomischen und sozialen Veränderungen zu verwirklichen.

Unsere sozialistischen Konzepte dürfen nicht als „Fernziele“ verkümmern, sondern müssen Richtschnur für das heute notwendige Handeln sein. Es geht dabei um die gegenwärtige politische Entscheidung darüber, wie und wohin Wirtschaftszweige und -branchen, Arbeitsplätze und -bedingungen, also in welche Richtung das System der Produktivkräfte zu entwickeln ist. Im Vordergrund kann aber nicht die Frage nach viel, wenig oder „Null-Wachstum“ stehen, sondern nach einer optimalen, sinnvollen und existenzhaltenden Wirtschaftsentwicklung.

Beispielsweise haben sich die Jungsozialisten

- gegen das Wachstum der Kernenergie und für die Ausdehnung alternativer Energietechnologien,
- gegen ein übermäßiges Wachstum des privaten Autoverkehrs und für den Ausbau des öffentlichen Fern- und Nahverkehrs,
- gegen das Wachstum einer Globalverkabelung und für die humane und öffentlich kontrollierte Verwendung neuer Medien

ausgesprochen, d.h. jeweils differenziert entschieden, welche Form der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung als positiv und negativ zu bewerten sind.

Gerade weil der produktive Sektor der bundesdeutschen Wirtschaft gegenwärtig durch eine immense volkswirtschaftliche Verschwendung (Überkapazität, Überproduktion etc.), durch hohe soziale und ökologische „Reparatur“-Kosten und durch eine außen- und binnenwirtschaftlich unvertretbare Exportabhängigkeit gekennzeichnet ist, gilt es, ihn grundlegend in seiner Struktur und qualitativen Ausrichtung zu verändern.

Zentral ist daher ein staatliches Programm „selektiver Wirtschaftsförderung“ mit den Kernpunkten:

- Förderung und Umsetzung neuer Technologien zur rationellen Verwendung von Energie und Rohstoffen,
- Maßnahmen zum Wohnungsbau und zur Wohnungssanierung,
- Wiederherstellung und Verbesserung der Umweltqualität,
- Ausbau des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs.

Welche gesamtwirtschaftlichen Wachstumsraten sich dabei ergeben, ist demnach Resultat einer konkreten Ausgestaltung dieser am gesellschaftlichen Bedarf orientierten Umstrukturierung und nicht deren Maßstab. „Wachstum“ ist daher für eine alternative Wirtschafts- und Sozialpolitik nicht mehr maßgebend, sondern die alternativen Orientierungspunkte sind entscheidend, nach denen die Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen langfristig gesichert werden können.

Eine so definierte Entwicklungsstrategie kann begrenzt bereits unter kapitalistischen Bedingungen verfolgt werden, führt aber auf die Notwendigkeit hin, weitergehende Eingriffe in die Kapitalverwertungsverhältnisse vorzunehmen, neue Planungs- und Lenkungsinstrumente bereitzustellen sowie grundlegende Demokratisierungsschritte einzuleiten.

2. Humane Technologiepolitik

Wir müssen Kriterien für eine spezifisch sozialistische Technologieentwicklung aufstellen, anstatt lediglich auf bestehende Technologien zurückzugreifen.

Es lassen sich drei Gruppen von Produktions- und Techniksystemen unterscheiden:

- Technologien, die in diesem Sinne orientiert sind (z.B. Umwelttechnologien, Humanisierungstechnologien, alternative Energieversorgungssysteme etc.) und gefördert werden können;
- Technologien, die mit Auflagen, wirksamen Kontrollen und anderer Anwendungsweise begrenzt akzeptabel gemacht werden können (z.B. Teilbereiche des Computereinsatzes, der Medienverwendung, der Biotechnik);
- Technologien, die „in sich“ destruktiven Charakter tragen, den Orientierungspunkten entgegenstehen und die abzulehnen sind (z.B. Kernenergie, Teilbereiche der Chemie/Pharmazie).

Aufgabe ist die Umgestaltung der materiell-technologischen Grundlagen der Produktion in Richtung auf humane, ökologische und soziale Kriterien.

Die Mikroelektronik bietet durchaus Chancen, Produktions- und Arbeitsformen zu verwirklichen, die bei Berücksichtigung der wichtigsten gesellschaftlichen Faktoren die volle Entfaltung der Arbeitskräfte und Produktionsmittel gewährleisten:

- Das Sinken der gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit muß einhergehen mit einer gerechten Verteilung der vorhandenen Arbeit auf alle Arbeitsfähigen. Das bedeutet eine umfassende Verkürzung der Arbeitszeit, nach unserer Ansicht eine Verkürzung der täglichen Arbeitszeit. Somit wird die materielle Grundlage für eine Emanzipation des Menschen im Sinne seiner Teilhabe an den gesellschaftlichen und politischen Entscheidungsprozessen sowie eine Aufhebung der tradierten Rollenaufteilung zwischen Mann und Frau geschaffen.
- Technologien, die Produktion und Arbeit automatisieren, können auch dazu dienen, die volle Entfaltung der geistigen Fähigkeiten des Menschen mit einer Übersicht über den gesamten Produktionsprozess zu gewährleisten. Sozialistische Politik muß eine humane Umgestaltung von Technologie und Arbeitsorganisation langfristig verwirklichen.
- Neue Technologien müssen den sparsamen Umgang mit Naturressourcen garantieren sowie zur Energieeinsparung und Umweltsanierung beitragen.

Um in diesem Bereich eine umfassende gesellschaftliche Kontrolle einzurichten und negative Auswirkungen auszuschalten, ist in Forschung, Planung, Entwicklung und Anwendung grundsätzlich ein technologisches „Genehmigungsverfahren“ einzuführen, das nach humanen, sozialen und ökologischen Kriterien durchgeführt wird. Dies bedeutet auch, positive Chancen für Produktions- und Arbeitsformen mit Hilfe einer alternativen Verwendung von EDV-Technologien darzustellen und daraus Handlungskonzepte zu erstellen.

- Genehmigungsverfahren sind grundsätzlich Angelegenheiten staatlicher parlamentarischer Aufsicht — unter wirksamer Einbeziehung der Öffentlichkeit.
- Die Einführung neuer Technologien in Betrieben muß ohne Ausnahme tariflich vereinbart werden. Kommt ein Einvernehmen nicht zustande, haben Gewerkschaften und Betriebsräte Vetorechte.
- Jeder Betreiber von neuen Technologien hat vor Inbetriebnahme die Verpflichtung, eine Technologiefolgeabschätzung durchzuführen und einen Unbedenklichkeitsnachweis zu erbringen; andernfalls dürfen die Technologien nicht realisiert werden.
- Personalüberwachungssysteme sind grundsätzlich abzulehnen, ebenso die „Vernetzung“ von Personaldaten.
- Heimarbeitsplätze dürfen nur mit tariflicher Vereinbarung eingerichtet werden.
- Die Gewerkschaften müssen an der Forschungspolitik als Vertreter der Hauptbetroffenen maßgeblich beteiligt werden, örtliche und bundesweite Kooperationsprojekte mit den Hochschulen müssen erhalten und ausgebaut werden.

3. Alternativen zur kapitalistischen Außenwirtschaft

- Alternative Wirtschaftspolitik muß sich eine binnenwirtschaftliche Orientierung zur Grundlage machen. Binnenwirtschaftliche Orientierung heißt keineswegs, nur den nationalen Markt zum Ansatzpunkt bewußten wirtschaftlichen Handelns zu machen. Die vorhandenen wirtschaftlichen Verknüpfungen innerhalb Westeuropas, insbesondere innerhalb der EG, weisen in weiten Teilen auch Westeuropa als Binnenmarkt aus. Die politische Regulierung bestimmter Krisenbranchen (Stahl, Agrarmarkt) findet auf europäischer Ebene statt. Die bestehenden Ansatzpunkte europäischer Regelungsmechanismen können un-

ter der Voraussetzung einer internationalen Vereinheitlichung der alternativen Wirtschaftspolitik für eine gemeinsame Bekämpfung der Wirtschaftskrise genutzt werden.

Der Versuch, innerhalb einer weltwirtschaftlichen Region wie Westeuropa gleichgerichtete Maßnahmen zur Krisenüberwindung durchzuführen, stößt unter den gegebenen ökonomischen und politischen Bedingungen zwar auf außerordentliche Schwierigkeiten. Die jeweiligen Kräfteverhältnisse in den einzelnen Ländern Westeuropas (Frankreich, Griechenland, Spanien, Österreich, Schweden, Italien) hingegen deuten Möglichkeiten an, zumindest teilweise weltmarktbedingte Rückwirkungen gegenseitig aufzufangen. Darüber hinaus ist der Versuch einer Vereinheitlichung alternativer wirtschaftspolitischer Forderungen durch den Europäischen Gewerkschaftsbund ein bedeutsamer Ansatz- und Anfangspunkt.

- Binnenwirtschaftliche Orientierung heißt auf nationaler Ebene, sich neue Wachstumsfelder und neue Technologien nicht von den angeblichen Zwängen des Weltmarktes aufzwingen zu lassen. Die von einer alternativen Wirtschaftspolitik angestrebten Wachstumsfelder des gesellschaftlichen Bedarfs (Energieeinsparung, Wohnungsbau, Öffentlicher Nahverkehr) erhöhen in hohem Grad die von den bürgerlichen Ökonomen geforderte sog. Produktivinnovation und sind gleichzeitig beschäftigungswirksame, aber nicht von vornherein exportorientierte Wirtschaftsbereiche.
- Ein wichtiger Bestandteil einer außenwirtschaftlichen Absicherung alternativer Wirtschaftspolitik ist die Kontrolle des Kapital- und Kreditsektors. Die Kapitalflucht findet bereits jetzt in großem Umfang statt, indem Unternehmerrgewinne nicht mehr investiert werden, sondern auf die internationalen Geld- und Vermögenmärkte wandern. Für die Kontrolle dieses „vagabundierenden Kapitals“ sind Möglichkeiten im Außenwirtschaftsgesetz gegeben, gleichzeitig ist offensichtlich, daß die Verstaatlichung des Bankensektors die wesentlichste Voraussetzung für die Verhinderung spekulativer Kapitalbewegungen darstellt.
- Ein wesentlicher Aspekt einer alternativen Außenwirtschaftspolitik sind neue Formen der ökonomischen Solidarität mit den Ländern der Dritten Welt. Erste Voraussetzung für einen Stop der weiteren wirtschaftlichen Zerrüttung der Dritten Welt sind ein weitgehender Erlaß der Schulden zumindest der ärmsten Länder auf Kosten des Kapitals und langfristig angelegte und dem freien Kapitalmarkt entzogene Umschuldungsvereinbarungen.
Ferner sind Abschlüsse von langfristigen, bedarfsorientierten Warenhandelsabkommen mit den Ländern der Dritten Welt und den Staatshandelsländern anzustreben.
- Die Produktions- und Handelstätigkeit ist nach dem konkreten Bedarf der betroffenen Regionen und Binnenwirtschaften auszurichten, Dies bedeutet eine Umstrukturierung nicht nur der Exportbranchen und -produkte. So ist es hier wie dort wesentlich sinnvoller, alternative Energietechnologien anstelle von Kernkraftwerken in Länder der Dritten Welt zu exportieren oder ökologischen Landbau zu fördern anstelle Überproduktionen (z.B. in der Massentierhaltung) mit Hilfe von „Futtermittel“-Exporten zu subventionieren — „Futtermittel“, die dort der Nahrungsmittelproduktion verlorengehen.

Maßstab für eine alternative Wirtschaftspolitik können daher nicht dubiose Absatzchancen auf dem abstrakten Weltmarkt sein, sondern gesellschaftlicher Bedarf konkreter Wirtschaftsräume in den jeweiligen Handelsländern. Vorrangig ist

allerdings die Sicherstellung eines breit gefächerten Basisbedarfs in den jeweiligen Binnenwirtschaften, bevor Exportkapazitäten auf- oder ausgebaut werden.

II. Für eine demokratische Wirtschaftsordnung

Zur Durchsetzung einer an den menschlichen Bedürfnissen und ökologischen Erfordernissen orientierten Gesamtwirtschaft ist eine Überwindung des Profitmotivs als zentraler Motor der Entwicklung erforderlich. Die angestrebten Veränderungen werden nur gegen den erbitterten Widerstand des Kapitals und nur dann durchzusetzen sein, wenn die machtmäßigen und ökonomischen Voraussetzungen für eine alternative Steuerung der Wirtschaft vorhanden sind. Nur ein ausreichend großer öffentlicher Sektor („Mindestschwelle der Vergesellschaftung“) und der Verlust der mit der wirtschaftlichen verbundenen politischen Macht des Großkapitals ermöglichen die angestrebten Veränderungen. Dazu sind zunächst die vorhandenen öffentlichen Unternehmen und Beteiligungen zusammenzufassen und koordiniert einzusetzen.

Darüber hinaus ist die Vergesellschaftung der jeweils strukturbestimmenden Unternehmen der Eisen- und Stahlindustrie (Umstrukturierung/politische Macht), der chemischen Industrie (Entgiftung und Umwelt), der Pharmaindustrie (kostengünstige medizinische Versorgung), des Energiesektors (bedarfsgerechte ökologische Energiepolitik) sowie der Banken und Versicherungen (außenwirtschaftliche Absicherung, Finanzierung) vordringlich. Ein steuerungsfähiger öffentlicher Sektor entsteht mit der weiteren Vergesellschaftung des Fahrzeugbaus, der Elektroindustrie und weiterer Metall- und Rüstungsunternehmen. Zur Abrundung eines funktionsfähigen öffentlichen Bereichs wird darüber hinaus von den Jungsozialisten die Vergesellschaftung einzelner Unternehmen des Bauwesens, der Konsumgüterindustrie, des Handels sowie des Transport- und Verlagswesens vorgeschlagen, so daß insgesamt ca. 110 Unternehmen in öffentliches Eigentum überführt werden sollen.

Mit diesem Konzept ist die Fortexistenz eines privaten Sektors verbunden. Zu bestimmten Zwecken (z.B. für den Außenhandel bzw. die Rohstoffversorgung oder zur Förderung der regionalen Entwicklung) sind neue öffentliche Unternehmen (Eigentumsenschaften der öffentlichen Hand) aufzubauen.

Zur Absicherung von Prognosen sind dezentrale und zentrale Investitionsmeldestellen einzurichten, die zugleich die Grundlagen für eine wirkungsvolle Investitionslenkung schaffen. Dabei geht es darum, z.B. absehbare Überkapazitäten oder unerwünschte Produktionen zu vermeiden und sinnvolle und gewünschte Investitionen zu fördern und auszuweiten. Die gesellschaftliche Investitions- und Entwicklungsplanung soll den Charakter einer nicht nur unverbindlichen Projektion, sondern einer durch vor allem indirekte (Kredit-, Steuer- und Preispolitik), aber auch direkte Lenkungsmöglichkeiten (Investitionsge- und -verbote) durchzusetzende Zielvorgabe erhalten.

Die osteuropäischen Planungsverfahren, die programmatischen Vorstellungen u.a. der polnischen Gewerkschaft Solidarität und die ungarischen Reformkonzepte empfehlen keine Zentralplanung aller ökonomischen Details, sondern Rahmenpläne mit einer erheblichen betrieblichen Autonomie und das Beibehalten von Marktstrukturen in bestimmten Bereichen. Die Forderung nach „demokratischer Planung“ unterstreicht, daß paritätisch besetzte regionale, sektorale und zentrale Wirtschafts- und Sozialräte für die Vorlage von Planungskonzepten verantwortlich sind und diese letzt-

lich vom Parlament verabschiedet werden sollen. Die Ausweitung der betrieblichen Mit- und Selbstbestimmung sowie der gewerkschaftlichen Rechte macht zusätzlich die bloße Exekution von zentralen Planungsdaten als „Diktatur über die Bedürfnisse“ unmöglich.